

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

77 (3.10.1947)

UNSER TAG

FOR S

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

2. Jahr Nr. 77 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 3. Oktober 1947

Die politische Sprengstoff-Provokation

Die Chem. Fabrik E. Merck antwortet, daß sie „korrekt“ gehandelt habe

Unsere Leser sind genau so ungeduldig wie wir endlich authentische Auskünfte über die Zusammenhänge und geheimen Hintergründe der politischen Provokation zu bekommen, wonach angeblich am 7. August die Kommunistische Partei (Stadt- und Landkreis Freiburg) bei der Chemischen Fabrik E. Merck in Darmstadt 100 kg Picrinsäure für Sprengstoffzwecke bestellt habe (UT vom 27. August).

Die Redaktion hat sich damals sofort an die Fa. Merck gewandt und erhielt nun heute folgendes vielsagendes Antwortschreiben:

E. Merck, Chemische Fabrik.

An die Redaktion „Unser Tag“, Offenburg Darmstadt, 29. September 1947.

Betrifft: Ihre Veröffentlichung bezgl. Picrinsäure. Wir sind nunmehr ermächtigt, Ihre Briefe vom 26. August und 12. September 1947 zu beantworten und Ihnen das Folgende mitzuteilen:

Jedlicher Schriftwechsel in Verbindung mit dieser Angelegenheit wurde von der Militärregierung auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 43 beschlagnahmt und befindet sich in den Händen der Militärregierung.

Die Untersuchung dieser Angelegenheit durch den Armeesicherheitsdienst ergab, daß die Firma E. Merck in korrekter Weise gehandelt hat. Jede weitere Information, die Sie zu erhalten wünschen, wollen Sie bitte an nachstehende Adresse richten: Military Government, Liaison & Security Office, Darmstadt.

Hochachtungsvoll
E. Merck

Wir haben uns nunmehr an die entsprechende Stelle gewandt und hoffen, bald weitere Aufklärung geben zu können.

Inzwischen sei festgestellt, daß also die bisherige Untersuchung die Korrektheit der Fa. Merck ergeben hat. Sie habe demnach „korrekt“ gehandelt, als sie den Brief noch unbekannter Provokateure aus Freiburg offiziell beantwortete und auf die Lieferung des Sprengstoffes geschäftlich „korrekt“ einging. Die sehr versierte Fa. Merck hat demnach die Fälschung des Bestellers, die doch auf der Hand liegt, nicht erkannt. Sie hat, ohne auch den geringsten Zweifel an der Richtigkeit der Bestellung zu äußern, oder sich durch Rückfrage zu vergewissern, ganz offiziell den Auftrag bestätigt. Sie erklärte sich dabei mit der Abholung des Sprengstoffes durch Lastwagen einverstanden und gab sogar bereitwillig nähere technische Erläuterungen über den Schmelzpunkt des Picrins. Ihren Bestätigungsbrief mit der Bemerkung „wir würden uns freuen, wenn die vorstehend beschriebene Ware Ihren Anforderungen entspräche“ gab sie dann zur Post.

Wenn man also Gutgläubigkeit und Korrektheit der Weltfirma Merck in diesem Geschäftsverlauf annehmen soll, in diesem Moment spätestens konnte sich Merck doch wohl darüber nicht im Unklaren sein, daß bei der Postzensur an der amerikanisch-französischen Zonengrenze, bezw. bei einer Haussuchung bei der KP in Freiburg, wenn man den Brief gefunden haben würde, sich die verhängnisvollsten politischen Folgen für die KP hätten ergeben müssen.

Niemand wird uns verargen, wenn wir nicht so leichtgläubig sind, und im Hintergrund Zusammenhänge und Dinge wittern, die sich hoffentlich durch die weitere Untersuchung vollständig aufklären. Wir müssen offen sagen, daß die Fa. Merck, wenn sie tatsächlich in der ganzen Angelegenheit keinerlei Argwohn und Verdacht geschöpft haben sollte, sich durch ihren Bestätigungsbrief dann eben „unbewußt“ der Beihilfe an einer politischen Provokation gegenüber der Kommunistischen Partei angeschlossen hat.

Jedermann wird verstehen, daß diese Spreng-

stoffprovokation nicht ohne Zusammenhang mit der Kommunistenhetze steht, die seitens der Reaktion und aller Feinde des Sozialismus von Tag zu Tag stärker betrieben wird. Wer auch nur etwas die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß man damals der Sozialdemokratischen Partei ein inszeniertes Attentat auf Kaiser Wilhelm I in die Schuhe schob, um die Arbeiterpartei zu diffamieren und zu verbieten. Jeder erinnert sich auch an die ungeheure Provokation mit dem Reichstagsbrand und was die Folgen waren. So geht auch heute ein deutlicher Weg von den schamlosen Verleumdungen gegen die KPD und SED, die sich von Monat zu Monat mehr zu offenen Provokationen auswachsen, bis zu dem neuesten Fall des Dr. Paul und seiner Ausrufung der Ostzone als 18. Sowjetrepublik.

Um den Marshall-Plan

22 Milliarden sind zuviel

Paris. In einem Bericht des Kosmos-Dienstes wird die Einstellung in USA so zusammengefaßt: Die Stimmung sei nicht unfreundlich, aber zurückhaltend. Einen Betrag von 22,4 Milliarden Dollar, den die europäischen Staaten anforderten, hält man für zu hoch. — (Offenbar hatte sich unser boshafter Hausgeist „Druckfehlerteufel“ in Nr. 75 in den Dienst der amerikanischen Spar-Interessen gestellt, indem er den verlangten Kredit nur mit 22 Millionen Dollar angab.)

New York. Ein Wortführer des Harriman-Komitees erklärte, daß gewisse Kapitel des Pariser 16er-Berichtes doch recht ungenau und lückenhaft seien, insbesondere was die europäischen Bedürfnisse an Stahl angehe. Zusätzliche Informationen hierzu seien unbedingt erforderlich. Schon jetzt müsse gesagt werden, daß gewisse Kategorien von Artikeln von den USA nur im begrenzten Umfang geliefert werden könnten. Andere dagegen, von denen in dem Bericht keine Rede sei, könnten ohne weiteres beigesteuert werden. Senator Taft erklärte, Anleihen sollten nur bestimmten Ländern und für bestimmte Zwecke bewilligt werden und die Beträge sollten nur dem Ankauf amerikanischer Produkte dienen. — Es hat allgemein enttäuscht, daß die erwarteten 30 Milliarden verweigert wurden und daß das amerikanische Außenministerium nur mit 15–20 Milliarden Dollar rechnet. Man meint, das sei nicht viel gegenüber den 300 Milliarden, welche die USA während des Krieges ausgegeben habe oder die

Die sozialistische Arbeiterschaft muß außerordentlich wachsam sein! Denn in der heute so gespannten weltpolitischen Situation sind gegen unsere Partei (die Partei der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit Deutschlands, des unbedingten Friedenswillens und der Freundschaft zur sozialistischen Sowjetunion) dunkle Kräfte am Werk. Der Kampf gegen unsere Partei und ihre konsequente sozialistische Politik läßt den Klassengegner auch die verbrecherischsten Methoden, selbst kriminelle, nicht verabscheuen.

Der Fall dieser Sprengstoff-Provokation ist u. E. wichtig genug für die gesamte politische Leben, daß er die Öffentlichkeit beschäftigen sollte. Wir meinen deshalb, es wäre an der Zeit, daß die badische demokratische Presse im Oktober nachholen sollte, worüber sie im August und September so einmütig geschwiegen hat.

50 Milliarden der Leih- und Pachtlieferungen an ihre Bundesgenossen.

Buenos-Aires. General Perón beauftragte seine Berater, die Unterstützung der Soforthilfe für Europa und eine Beteiligung am Marshall-Plan zu überprüfen. Nach ersten Eindrücken scheinen sich die zuständigen Kreise ziemlich reserviert zu verhalten. In Finanzkreisen betont man vor allem den Dollarmangel der lateinamerikanischen Länder.

Washington. Eine zuständige Persönlichkeit erklärte, daß die Bearbeitung der Ergebnisse der Pariser Konferenz nicht genügend fortgeschritten sei, um ihre Resultate dem Präsidenten Truman und den Parlamentarkommissionen vor Ende Oktober vorlegen zu können. Ein weiteres Problem sei die Frage, „wie weit die Vereinigten Staaten den europäischen Ländern Rohstoffe und wie weit sie ihnen Fertigwaren liefern sollen.“ Verschiedene Parlamentspersönlichkeiten zeigten wenig Neigung, Europa Rohstoffe zu liefern — vor allem Stahl, — damit Amerika diese gelieferten Rohstoffe dann auf dem Weltmarkt als Konkurrenz seiner Produkte in Form von Fertigwaren wiederfindet.

Tacoma. Der republikanische Senator von Ohio, R. A. Taft, forderte eine zusätzliche amerikanische Unterstützung Europas außerhalb des Marshall-Planes „für vielleicht drei Jahre“. Taft sagte, daß er eine solche zusätzliche Unterstützung zur Bekämpfung des Kommunismus für notwendig halte.

Kommunistische Hilfe für die Bauern

Tübingen. Die KPD hat im südwürttembergischen Landtag folgende beiden Anträge zur Hilfe für die Bauern eingebracht: Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu ersuchen, alle Vorbereitungen zu treffen, um das durch die Schlachtungen infolge der Futterknappheit anfallende Fleisch eindosen oder einfrieren zu können; Mittel und Wege zu finden, den durch die Katastrophe betroffenen Bauern für ihr angekauftes Vieh nicht nur den Schlachtpreis, sondern den Normalpreis wie für Nutzvieh bezahlen zu können, ohne daß dadurch eine Erhöhung des Fleischpreises für den Verbraucher eintritt; infolge des Ausfalles von Zugtieren den Gemeinden schnellstens Traktoren zur ge-

meinschaftlichen Benützung zu beschaffen und dadurch eine Weiterführung der landwirtschaftlichen Betriebe zu gewährleisten.

Außerdem dafür Sorge zu tragen, daß Saatgetreide in den Kreisen, in denen es normal ausgewachsen und ausgereift ist, sichergestellt

Sonntag wieder Normalzeit

Am Sonntag, 5. Oktober, morgens um 3 Uhr werden die Uhren um eine Stunde zurückgestellt. Damit wird die Normalzeit wieder eingeführt sein.

wird, um es den Kreisen, in denen es unter den Wiedereinflüssen verkümmert ist, zuzuleiten; Saatkartoffeln beschafft werden, um eine ergiebigere Ernte zu gewährleisten; alle Mittel und Wege erschöpft werden, gesunde Gartensämereien herinzubekommen, um sowohl die gewerblichen, als auch die privaten Gartenbauern beliefern zu können.

Tübingen. Im Landtag erklärte Staatspräsident Bock, daß die Ernährungslage Südwürttembergs keinen Grund zu einer Panik biete. In der gegenwärtigen Transportkrise seien deutsche und französische Stellen bemüht, alles zu tun, damit eine Transportkatastrophe vermieden werde.

Fritzsche Berufung erfolglos

Es bleibt bei 9 Jahren Arbeitslager Nürnberg. In der Berufungsverhandlung gegen den ehemaligen Ministerialdirektor und Reichsrundfunkkommentator Hans Fritzsche wurde am Dienstag das Urteil gefällt. Fritzsche wurde in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und auf die Dauer von 9 Jahren in ein Arbeitslager eingewiesen unter Anrechnung der bisher verbüßten Haft. Damit ist das Urteil der ersten Instanz aufrecht erhalten worden. Der öffentliche Kläger hatte Einweisung auf die Dauer von 10 Jahren beantragt.

Arbeiter und Bauern reichen sich die Hand

Gewerkschaftsbund und Hauptverband gründeten Arbeitsgemeinschaft

Freiburg. Getragen von der Erkenntnis, daß für die Zukunft nur die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Bauern unsere Notlage mildern kann, haben sich am 29. September 1947 die Vertreter des „Badischen Gewerkschaftsbundes“ und des „Badischen landw. Hauptverbandes“ (franz. Zone) mit dem Entschluß zusammengefunden, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Die Wichtigkeit dieser Tagung wurde unterstrichen durch die Anwesenheit des Herrn Staatspräsidenten Wohleb, sowie der Herren Minister der Landwirtschaft und Ernährung Schill und des Ministers der Wirtschaft und Arbeit, Dr. Leibbrandt.

Die Ueberzeugung beider Teile ging dahin, daß der Bauer nicht ohne den Arbeiter, der Arbeiter nicht ohne den Bauern leben kann. Beiden gemeinsam sind die schwiegenbedeckten Hände harter Arbeit, beiden gemeinsam ist der feste Wille, der Auflösung der moralischen und wirtschaftlichen Kräfte sich entgegenzustellen und als Grundpfeiler des Staates nicht länger zuzuschauen, wie die

Unmoral der Zeit, wie Schiebertum und Schwarzhandel die Not ins Untragbare steigern und alle Ordnung zerstören.

Die Umengung gemeinsamer Fragen mit vereinten Kräften nachdrücklich durchzuführen, soll das Hauptziel dieser Arbeitsgemeinschaft sein; dabei wird die Handlungsfreiheit beider Organisationen nicht eingeschränkt. Obwohl in Zeiten der Not geboren, soll die Arbeitsgemeinschaft auch für die Dauer die Interessen der Schaffenden fördern.

Der zur praktischen Verwirklichung dieser Interessen paritätisch zusammengesetzte Arbeitsschuss ist beauftragt, alle in Frage kommenden Probleme, besonders neue Grundsätze zum Aufbau einer demokratischen Wirtschaft auszuarbeiten und das Ergebnis den zuständigen Stellen gegenüber zu vertreten.

Für den Bad. Gewerkschaftsbund
Reibel
Für den Bad. landw. Hauptverband
Klaus



In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
Wir sind die stärkste der Partei'n!
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muß unser sein!

„Die Internationale“

Emil Carlebach

Ein Parteitag der Stärke

Dieser fünftägige Kongreß der SED in Berlin war ein Parteitag der Stärke. Die ausländischen Delegierten waren nicht wie ehemals getönte illegale Emigranten, sondern Vertreter von Massenorganisationen, die das Schicksal ganz Europas bestimmen. Wer empfand nicht die Aktualität in Anton Ackermanns Hinweis auf jene „Prophezeiungen“, die nach 1917 den „bevorstehenden Zusammenbruch“ der jungen Sowjet-Republik ankündigen wollten und die ernste Bedeutung in Fred Oelßners Worten, der an Lincolns Kampf gegen die amerikanische Reaktion im vorigen Jahrhundert erinnerte?

Dutzende von Rednern lösten sich auf der Tribüne ab, um von allen Seiten die konkreten Probleme des Aufbaues der Ostzone zu behandeln. Höhepunkt: Fritz Selbmanns schonungslose Darlegung der Schwierigkeiten und Mängel, mit denen sich die zur Macht gekommene Arbeiterschaft auseinandersetzen muß. Seine Feststellung, daß die Monopolisten des Westens die Aktien der in Volkseigentum übergeführten Betriebe weiterhin für wertbeständig halten, also um die Rückeroberung der verlorenen Positionen kämpfen, unterstrich die Bedeutung des Kampfes der Einheitsfront im Westen auch für den Aufbau in der sowjetischen Zone.

Herzlicher Beifall grüßte jeden der Delegierten aus dem Westen. Waren sie es doch, die jetzt im eigenen Lande teilweise wie illegale Emigranten heimlich über eine unnatürliche „Grenze“ hatten kommen müssen, um die Solidarität der Marxisten aller Teile Deutschlands im Kampfe um die Erringung der nationalen Einheit unter Beweis zu stellen, nachdem das Bürgertum schmählich versagt hat. Kurt Müller aus der englischen Zone, Albert Buchmann, Fritz Sperling und Oskar Müller aus dem amerikanischen Besatzungsgebiet — sie alle hatten nur ein Thema: Das Ringen um die Gewinnung jener Werkstätten, die sich heute noch im Banne einer Führung befinden, die aus dem Zusammenbruch der Weimarer Bürgerrepublik nichts gelernt hat. Hermann Schlimme vom FDGB, warnte in eindringlichen Worten vor jeder selbstmörderischen Arbeitsgemeinschaftspolitik, die Deutschlands Proletariat schließlich wehrlos dem Faschismus ausgeliefert hätte. Die Spaltungversuche der amerikanischen AFL wurden immer wieder in den Referaten erwähnt.

Wenn vor einem Jahre noch der Grundsatz der Parität innerhalb der SED aufgestellt worden war, so wäre es jetzt ohne Zuhilfenahme der Personalkartei nicht mehr möglich gewesen, festzustellen, wer ehemals Sozialdemokrat, wer Kommunist geheißen hatte. Diese Partei hat keine verschiedenen „Flügel“ wie die CDU, in ihr gibt es keine Auseinandersetzung um die Rolle des Marxismus wie in der SPD, keine personellen Gegensätze, wie bei den Liberalen. Es war schmerzhaft, daß die 20 Delegierten Westdeutschlands für den Zentralvorstand nicht namentlich genannt und gewählt werden konnten.

„Reiß' Dich ein in die Arbeitereinheitsfront“ sang Ernst Busch. Erschüttert hörten wir wieder die Lieder aus jener Zeit, da wir vergeblich um die Herzen und Hirne der Werktätigen gerungen hatten. „Vorwärts und nie vergessen, die Solidarität“, und schließlich unseres Erich Mühsam beißende Satire auf jenen Revolver, dem seine Lampen wichtiger waren als der Sieg der Revolution. „Gestern war es ein Lampenputzer, heute ist ein Schuhmacher, und morgen — kann es wieder ein Anstreicher sein“; ja, wohl, wir wissen, daß diese Warnung mehr ist, als ein bissiges Wortspiel, und all' die Delegierten aus Ost und West und Süd und Nord unserer deutschen Heimat, die nach diesem zweiten Parteitag der SED mit gestärktem Selbstbewußtsein nach Hause zurückkehren, werden die Schlussworte jenes Liedes beherzigen:

„... und die Frage konkret gestellt:
Wessen Straße ist diese Straße,
Wessen Welt ist diese Welt?“

Paul Kohlhöfer

Appell an die SPD-Genossen

Auf dem Parteitag der SED, der wegen seiner inneren Geschlossenheit und seiner klaren politischen Ausrichtung auf alle Delegierten aus dem Westen einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck gemacht hat, ist von meinem Mitstreiter um die Einheit der Arbeiterbewegung im Westen, Hans Venedy, das Wort gefallen: Wir kämpfen nicht gegen, sondern um die Sozialdemokratische Partei. Der stürmische Beifall, der auf dieses Bekenntnis folgte, ist als ein Beweis dafür zu betrachten, daß die SED sich in ihrer Gesamtheit diesen fundamentalen Grundsatz zu eigen machte. Otto Buchwitz hat als ehemaliger Sozialdemokrat des Ostens die Sozialdemokraten des Westens angesprochen und sie gleichfalls beschworen, die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung anzustreben, da sie der einzige Garant der künftigen freiheitlichen Entwicklung in Deutschland sei.

Ich selbst habe auf dem Parteitag meinen ehemaligen Genossen die Gewissensfrage vorgelegt,

ernsthaft zu prüfen, ob sie weiterhin eine Politik verantworten wollen, die unweigerlich in eine neue kapitalistische Diktatur führt.

Damit haben wir erneut, aus innerem ehrlichem Gefühl heraus unseren Klassenossen in der SPD die Bruderhand entgegen gestreckt und warten auf den Einschlag. Wir haben das nicht getan aus irgendwelchen agitatorischen Gründen. Wir müssen endlich in der deutschen Politik aus dem lärmvollen Geschrei billiger Parteireklame heraus, wir müssen endlich unsere Auseinandersetzung um diese Frage streng auf dem Boden der Sachlichkeit führen, und uns klar werden über das, was uns trennt, damit wir uns um so besser vereinigen können. Uns trennt nicht unsere Klassenlage, uns trennt nicht der Haß unserer Feinde, uns trennt nicht die große Zielsetzung, der wir unser ganzes Leben geweiht haben, uns trennt einzig und allein Dr. Kurt Schumacher.

Wenn ich diesen Namen nenne, so meine ich nicht damit den Genossen Schumacher, der gemeinsam mit allen andern Opfern des Faschismus im Konzentrationslager saß, und dem die brüderliche Hilfe seiner Schicksalsgenossen den Begriff der Gemeinsamkeit unauslöschlich ins Herz gebrannt haben müßte, so meine ich damit nicht den Vorsitzenden der SPD, dem ein großer geschichtlicher Name, eine große kämpferische Tradition die innere Verpflichtung auferlegt, den politischen Kampf im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus zu führen — ich meine jenen Dr. Schumacher, der mit verbissener Starre den Weg der realen Erkenntnis verließ und wie ein Nachwandler, die Trommel rührend, die Partei in eine dunkle, ausweglose Irre führt.

Es hat etwas Unheimliches an sich, diesen maskenhaften Zug zu beobachten, all die Männer und Frauen, denen man Jahrzehnte lang zur Seite schritt, im Banne dieses dämonischen Getummels folgsam und lautlos in die Finsternis wandeln zu sehen — und man denkt dabei unwillkürlich an den andern, der nach der gleichen Methode

und mit den gleichen Mitteln, ja mit den gleichen Reden Millionen von Menschen unter seinen krankhaft übersteigerten verbrecherischen Willen zwang. Man verstehe uns nicht falsch. Wir werden Dr. Schumacher niemals einen „rotlackierten Nazi“ nennen, wir werden ihn nicht mit seinen eigenen Waffen angreifen, denn in der Wahl seiner Mittel gibt ein Politiker nur seine eigene persönliche geistige und charakterliche Visitenkarte ab — wir rufen diesem trauervollen Zug in die Situation der verpaßten Gelegenheiten nur ein lautes energisches Halt zu, um die Genossen aus dem Banne dieser unheilvollen Hypnose zu erlösen, und wir berufen uns bei diesem Wort auf die klaren Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wer den Parteitag der SED aufmerksam verfolgt, wer all die Reden, die dort gehalten wurden, auf ihren sozialistischen Grundgehalt prüft, der kann nur zu der einen Erkenntnis kommen, daß dieser Parteitag ein Manifest echten sozialistischen Geistes war.

Noch einmal möchte ich die Erinnerung an die große Kundgebung auf dem Bebel-Platz ins Gedächtnis zurückrufen, wo Zehntausende Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Geistesarbeiter unter dem Symbol der vereinigten Hände, im Angesicht des großen deutschen Sozialdemokraten August Bebel ihren Klassenbrüdern aus dem Westen mit aufgeschlossenem Herzen den Satz zuriefen: „Kommt endlich zu uns, denn Ihr seid wir und wir sind Ihr!“ wo die sozialistische Bevölkerung Berlins die Hand nach dem Westen hin ausstreckte, die ehrliche Bruderhand, in die man einschlagen muß, wenn man nicht von allen guten Geistern verlassen ist.

Und so wird dieser Parteitag nicht nur ein Auftakt sein zu neuen wechselvollen Kämpfen um die Einheit Deutschlands, um den Neuaufbau unseres Vaterlandes — er ist auch das Fanal zum Sammeln, und dieses Fanal wird auch im Westen gehört werden.

Der neue Parteivorstand der SED

Berlin. Im Zentralhaus der Einheit traten die vom 2. Parteitag gewählten Mitglieder des neuen Parteivorstandes zu ihrer konstituierenden Sitzung unter dem Vorsitz von Pieck und Grotewohl zusammen. Zu Stellvertretern der beiden Parteivorsitzenden wurden wiederum Ulbricht und Fehner gewählt. Weiter wurde beschlossen, das Zentralsekretariat von 14 auf 16 Mitglieder zu erweitern. Zu Sekretären wurden erneut Gypfner und Fritz Schreiber bestellt.

Gen. Dahlem berichtete über eine Beratung mit ausländischen Gästen des Parteitages und die besprochenen Maßnahmen zur Aufnahme und zum Ausbau ständiger internationaler Beziehungen zwischen der SED und den sozialistischen Parteien anderer Länder.

Gen. Grotewohl gab eine Wertung der Ergebnisse des Parteitages. Der Parteitag brachte eine weitere innere Festigung und eine politische und ideologische Stärkung der Partei. Die innere Geschlossenheit der Gesamtpartei ist die Bürgschaft dafür, daß sie ihre großen Aufgaben im Kampfe um die Einheit Deutschlands, um die Demokratisierung von Wirtschaft und Verwaltung mit gesteigertem Kampfeifer und Arbeitselan erfüllen wird.

Ernährungsfragen vordringlich

Beratungen der Landesregierung

Freiburg. Die Badische Staatskanzlei teilt mit: In der 6. Sitzung der Landesregierung am 25. September 1947 wurde vor allem über die im Augenblick so vordringlichen Ernährungsfragen beraten. Im Mittelpunkt dieses Beratungsgegenstandes stand die Kartoffelversorgung, die der Regierung ernste Sorgen bereitet. Nachdem der Weg zur teilweisen Eigenkellerung, der in den früheren Jahren beschränkt wurde, nicht begangen werden kann, muß die Regierung ihr ganz besonderes Augenmerk auf die Lösung des gegenüber bisher so erschwerten Transportproblems richten. Durch Einsatz aller in Betracht kommenden Verkehrsmittel und durch die zugesagte Unterstützung der Militärregierung soll diese schwere Aufgabe bewältigt werden. Die bisherigen Ergebnisse sind zufriedenstellend. Eine weitere ernste Sorge bereitet die Getreidelage, weil durch den harten Winter und die Trockenheit dieses Sommers der Ertrag schwer beeinträchtigt wurde. Die für die Nichtselbstversorger erfassbare Menge ist so gering, daß sie nur für wenige Monate ausreicht. Es muß versucht werden, bei sparsamster Bewirtschaftung des eigenen Getreides den Anschluß an die neue Ernte durch Einfuhr zu erreichen. Weiter befaßte sich die Landesregierung mit den Anbauflächen, den Getreidepreisen, der Heu- und Haferumlage, der Fettversorgung und Verkehrsfragen in der Mehlbelieferung.

Ein wichtiger Beratungsgegenstand war der Entwurf eines Landesgesetzes über Gewährung von Straffreiheit, das unter Zugrundelegung von in neuerer Zeit ergangenen Gesetzen anderer deutscher Länder vorgelegt wurde. Ferner wurden Richtlinien für den inneren Dienstgebrauch über das Verhältnis der Volksvertretung im demokratisch-sozialen Verfassungsstaat zu der Landesverwaltung beraten und beschlossen. Endlich wurde die Frage der Erteilung von Betriebsgenehmigungen für Flüchtlinge behandelt mit dem Ergebnis, daß infolge der Ueberzahl an Handels- und Wirtschaftsbetrieben und sonstiger Schwierigkeiten im Interesse der Flüchtlinge selbst auf die Prüfung im Einzelfall nicht verzichtet werden kann.

Kartoffelernte beschlagnahmt

Frankfurt. Der Wirtschaftsrat beschloß, mit allen gegen die Stimme des kommunistischen Abgeordneten Becker die Beschlagnahme der Kartoffelernte 1947, Abgeordneter Becker erklärte, die Gesetzesvorlage könne ihren Zweck nicht mehr erfüllen, da der größte Teil der Kartoffeln bereits gerodet sei. Die Beschlagnahme der gesam-

ten Ernte werde Erregung bei der Bauernschaft verursachen. Nur ein frühzeitiger Anbau- und Verteilungsplan könne helfen. Die Landbevölkerung werde sich nur der Gewalt fügen, und dazu müßten die deutschen Behörden die Militärregierung anrufen. Kriedemann (SPD) erklärte, die deutschen Behörden hätten zu geringe Vollmachten und alles müsse unter ungünstigen, wenig ehrenreichen und manchmal sogar demütigenden Verhältnissen erreicht werden. Es sei beschämend, aber nicht zu umgehen, daß der „starke Arm der Besatzungsmacht“ in Anspruch genommen werde.

Veränderungen im englischen Kabinett

London. Sir Stafford Cripps wurde zum Wirtschaftsminister ernannt, Wilson, bisheriger Staatssekretär für Ueberseehandel, übernimmt an seiner Stelle das Handelsministerium. Minister Greenwood scheidet aus der Regierung aus. Die Veränderungen sind der Beginn einer umfassenden Reorganisation des Kabinetts. Es wurde ein Ministerialausschuß für wirtschaftliche Planung geschaffen, an dessen Spitze in Anbetracht des Ernstes der Lage der Ministerpräsident steht.

Abzug der Briten aus Palästina endgültig?

London. Ein Regierungssprecher erklärte, Großbritannien werde selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin in zwei oder drei Monaten ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Vereinten Nationen mit der Zurückziehung der britischen Truppen aus Palästina beginnen. Jedoch würden in Irak, auf Cypern, in der Suezzone und den ehemaligen italienischen Kolonien zur Sicherung der britischen Interessen im Nahen Osten weitere Truppen stationiert bleiben.

Schumachers Amerikareise

Berlin. Dr. Schumacher erklärte bei seiner Abreise, der Gewerkschaftsverband AFL stehe der Frage der Sozialisierung nicht ablehnend gegenüber. In jedem Falle werde er in den USA für die Notwendigkeit der Sozialisierung eintreten. Im Verlauf einer Kundgebung der SPD in Pankow, erklärte Kurt Mattik, die Reise Schumachers bedeute noch lange nicht, daß der Chef der SPD damit „Befehle des Dollar-Imperialismus“ ausführe.

Die neue selbstständige Bezirksausgabe des Parteiblattes der SPD Südwürttembergs „Bodensee-Nachrichten“ überschreiben diese Notiz „Werbung für den Sozialismus in Amerika“. — Qui vivra, verra!

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

TUBINGEN. Die im Rottenburger Prozeß verurteilten Naziführer haben gegen die ausgesprochenen Urteile Berufung eingelegt.

MANNHEIM. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein oberhalb Mannheim ist eingestellt worden, da der Wasserstand nur noch Schiffen mit weniger als 120 cm Tiefgang den Verkehr ermöglicht.

MÜNCHEN. Der SPD-Antrag auf Auflösung des Bayerischen Landtags wurde mit 123 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

MÜNCHEN. Der ehemalige Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt wurde in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht.

BUCKEBURG. Die Demag-Werke, die seit 1945 nur Betten und Kochtöpfe produzierten, werden demontiert.

HAMBURG. Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen erhält im Monat Oktober und November nur 43 Prozent des vorgesehenen Kohlenbedarfs.

BERLIN. 211 Verlagsanstalten haben bis jetzt in den einzelnen Sektoren eine Lizenz erhalten.

LEIPZIG. Die CDU verfügt im Lande Sachsen über 1000 Ortsgruppen. Seit April wurden 200 neue Ortsgruppen durch die SMA zugelassen.

BERLIN. Die Stadtverordnetenversammlung soll künftig Abgeordnetenheben heißen und wird sich aus 220 Volksvertretern zusammensetzen.

BERLIN. Straßfällige Jugendliche werden in einem neuen Verfahren einer Arbeitsstelle zugewie-

Dr. Pauls „18. Sowjet-Republik“

Das neueste Provokationsstück gegen UdSSR und SED

Dr. Paul soll sich im Besitz wichtiger Dokumente über die russische Politik in der Ostzone befinden. So führe er den Entwurf zur Schaffung einer unabhängigen sozialistischen Republik in Ostdeutschland bei sich. Nach anderen Meldungen soll Paul darüber unterrichtet gewesen sein, daß er bei einem Scheitern der Londoner Konferenz auf einer großen SED-Kundgebung in Weimar sprechen und dabei den Anschluß der Ostzone als 18. Republik an die Sowjetunion proklamieren sollte. Paul sei als Ministerpräsident dieses neuen Staates aussersehen gewesen.

(Südwestdeutsche Volkszeitung, Freiburg, 1. Okt.)

UNSER TAG hat das ganze politische Kasperltheater und Rätselraten um den „Fall Paul“ — der von einem Saulus zum Paulus und nun wieder zu einem Saulus geworden ist — nicht mitgemacht. Wir haben unsern Lesern wahrhaftig bedeutendere Geschehnisse zu übermitteln, als solche Kinkerlitzchen, die ein gefundenes Fressen für jede antikommunistische Schmokkpresse sind. Wir wissen noch nicht, (und die so viel Alarmmeldungen darüber kolportiert haben, wissen es auch nicht), wo sich heute Dr. Paul befindet und was er im Schilde führt, um die Gründe zu glorifizieren, wegen denen er aus seinem Amt geflüchtet ist. Aber was wir wissen, ist die Tatsache, daß der „Fall Paul“ bedenkenlos in den Dienst der antikommunistischen Hetze gestellt wird!

Für die sozialistische und kommunistische Bewegung sind solche Fälle seit hundert Jahren keine Neuigkeit. Wer ein bisschen Arbeitergeschichte kennt, weiß, daß hierzu immer die gemeinsten Mittel gerade gut genug waren. Was allerdings in dieser Beziehung seit 1945 gegen die sozialistische Einheitsbewegung unternommen worden ist, spottet jeder Beschreibung und unterscheidet sich in nichts von der Göring-Goebbels-Methode unseligen Angedenkens. Es gibt heute Zeitungen, aus denen der Leser überhaupt noch nie etwas Positives, weder über die allgemeine Aufbauarbeit in der Sowjetzone noch über die außerordentlichen politischen Leistungen der SED erfahren hat, wie sie jetzt auf dem Parteitag in Berlin so überzeugend zum Ausdruck kamen.

Der „Fall Paul“ ist gegenwärtig ein Schulbeispiel. Seit dem verantwortungslosen Verlassen seines Posten hat sich ein großer Teil der Presse tagtäglich in allen möglichen Kombinationen ergangen. Es hat dabei nicht an Verdächtigungen

und Verleumdungen gegen die SED und die sowjetische Besatzungsmacht gefehlt. Diese Verleumdungen beginnen sich jetzt zu offenen Provokationen auszuwachsen. Obwohl noch niemand Dr. Paul verbürgt persönlich gesehen und gesprochen hat, kennt man aber bereits die Sensationsbombe, die er angeblich in seinem Koffer aus Thüringen mitgebracht hat. Es ist nichts mehr und nichts weniger als ein Plan zur Schaffung einer „18. Sowjet-Republik“. Ein abenteuerlicher Plan, wie er in obenstehendem Motto in der letzten Nummer der „Süvzeit“ zu lesen ist, eifrig ausgemalt, um ja nichts zu versäumen in „objektiver Berichterstattung“ über die sowjetische Zone.

Wir wissen nicht, ob Dr. Paul sich freiwillig dazu hergab, oder ob er für dieses Provokationsstück gekauft wurde, oder ob er an der Sache vielleicht überhaupt nicht beteiligt ist. Jedenfalls ist mit dieser „18. Sowjet-Republik“ ein alter Lieblingsplan der politischen Provokateure wieder aufgegriffen worden! Denn schon im vorigen Jahr, wenige Tage vor den Gemeindevahlen in Halle, wurde ein Straßenbahnwagen mit Plakaten über den Anschluß der Ostzone an die UdSSR beklebt (und natürlich fotografiert!) und diese Parole dann prompt der SED unterstellt. Kürzlich wurde ein entsprechender „Antrag“ einer SED-Konferenz in Thüringen unterschoben. Und nun hat ausgerechnet die SED den Dr. Paul dazu aussersehen, diesen Plan befähigungsgemäß zu realisieren und Präsident der 18. Republik zu werden, dessen er sich nur durch seine Flucht nach dem Westen entziehen konnte.

Der politische Zweck wird noch offensichtlich, wenn man liest, daß diese Proklamierung erst nach „einem Scheitern der Londoner Konferenz“ geschehen sollte. Diese reaktionären Kräfte tippen also heute schon auf ein Scheitern von London! Und schieben natürlich der UdSSR im Voraus bereits die Absicht zu, London scheitern zu lassen. Wir sind uns darüber klar, daß auch dieser Fall in die lange Reihe der Provokationen gehört, wie sie in unserem Freiburger Fall mit der Bereitschaftserklärung der Chem. Fabrik E. Merck in Darmstadt, Sprengstoff zu liefern, hinspielen und daß mit solcher systematischen Diskreditierung der kommunistischen Politik dunkle politische Geschäfte gemacht werden. Und das ist der ganze Zweck.

Kein Militär-Dienstzwang in Bayern

München. Der bayrische Landtagsausschuß für Verfassungsfragen nahm einen Antrag der SPD-Fraktion auf Straffreiheit für Kriegsdienstverweigerer einstimmig an: „Kein Staatsbürger darf zum Militärdienst oder zur Teilnahme an kriegerischen Handlungen gezwungen werden“.

Der SPD-Abgeordnete Bauer erklärte hierzu, daß ein Krieg durchaus aktuell werden könne. Es bestehe die Gefahr, daß wir in einem solchen Falle für fremde Interessen eingespannt werden könnten. Der CSU-Abgeordnete Prechtel erklärte, man könne den Krieg nicht grundsätzlich moralisch verwerfen. Es gebe Kriege, die ein Volk nicht vermeiden könne, und der Antrag habe daher nur ideologischen Wert.

Diese Diskussion in Bayern erinnert uns lebhaft an die Vorgänge bei den Verfassungsberatungen in Freiburg am 14. April, wo die CSV den Antrag gestellt hatte, einen entsprechenden Antimilitärartikel 69a in der Bad. Verfassung zu streichen und dann in der ersten Abstimmung auch den Artikel zu Fall brachte. Lediglich durch die Mobilisierung des badischen Volkes, zu welcher damals UNSER TAG mit seiner probeweisen Volksabstimmung die Initiative ergriffen hatte, ist dieser Artikel schließlich in die Bad. Verfassung hineingekommen. Es wird sich nun zeigen, wie die CSU und die anderen Parteien ihre opportunistische Kriegsgegnerschaft zum Ausdruck bringen.

Englisch-amerikanische Griechenlandpolitik

Lake Success. (Südena-AFP). Jugoslawien, die Ukraine und die Tschechoslowakei griffen vor dem politischen Ausschuss der UN gemeinsam die Politik der Vereinigten Staaten in der Balkanfrage an. Beibler (Belgrad) erklärte, daß die gegen die Länder nördlich Griechenlands gerichteten Angriffe beabsichtigen, einen neuen Krieg heraufzubeschwören. „Ich möchte bei der Vollversammlung

eine Achtung dieser Einmischungspolitik erreichen“.

Athen. Der Zentralausschuß der EAM übersandte der UN eine Resolution gegen amerikanische Einmischung in die griechischen Angelegenheiten, die für die Verschlechterung der Lage verantwortlich gemacht wird. Nur durch eine ehrliche Verständigung zwischen den griechischen Parteien und durch maßgebliche Beteiligung der EAM an einer neuen Regierung könne das griechische Problem gelöst werden. Weiter wird die Zulassung einer Delegation der Partei zur Klärung ihres Standpunktes vor der Vollversammlung der UN verlangt.

Tito nennt die Schuldigen

Belgrad. Marschall Tito nannte am Kongreß der jugoslawischen Volksfront, der mit einer Versammlung von mehreren hunderttausend Anhängern seinen Anfang genommen hatte, die amerikanischen Finanzmagnaten seien die Führer der internationalen Reaktion, die den Faschismus wieder aufleben und Angriffszentren in verschiedenen Ländern einschließlich Westdeutschland schaffen wollten. Die Machthaber in Griechenland seien Kollaborateure der deutschen Besatzung gewesen und hätten ihre Macht nur der Unterstützung der Westmächte zu verdanken.

106 000 politische Gefangene

New York. Der Präsident der republikanischen spanischen Regierung, Ivaro de Albeniz, erklärte, daß wenigstens 150 namentlich bekannte Personen in Spanien hingerichtet worden seien seit dem Beschluß der UN, der den UN-Mitgliedern empfahl, ihre diplomatischen Vertreter aus Madrid abzurufen. Darüber hinaus gäbe es in Spanien augenblicklich 106 000 politische Gefangene, wie aus einem von den Republikanern abgefangenen Dokument der Direktion der spanischen Gefängnisse hervorgeht.

Der unschuldige Tenno

Tokio. Der amerikanische Vertreter im Kriegsverbrecherprozeß, von Tokio erklärte den japanischen Kaiser Hirohito für „unschuldig“ an der Entfesselung des Krieges im Pazifik. Die Generale hätten das Volk betrogen, als sie erklärten, der Kaiser stehe hinter ihrer Politik.

Neuer Leiter des Südwestverlags

In einer Betriebsversammlung des Südwestverlags am 1. Oktober, begrüßte das Vorstandsmitglied Gen. Karl Herrmann, den neuen Leiter des Südwestverlags, Gen. Hermann Jerrentrup. Der Betriebsratsvorsitzende, sowie der Chefredakteur, brachten ihre Freude zum Ausdruck, daß ein altbewährter Genosse der KPD nunmehr die Verlagsleitung übernommen hat.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Chefredakteur Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. — Verlag: Südwest Verlag GmbH (17b) Offenburg, Hauptstr. 115 Postfach 201. Fernruf: 207. Erscheint mitwochs u. freitags. Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einsech. Trägerlohn, 6. Postbezugs zuzügl. Bestellgeld. Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Ein neues Heimtückegezet?

Der Artikel 7 der Badischen Verfassung

Ein Ritterkreuzträger

Gefahren müssen rechtzeitig erkannt und den Bedrohungen durch drastische Vergleiche zur Wachsamkeit rufen. Der Art. 2 des berüchtigten Heimtückegesetzes der Nazi vom 20. Dezember 1934 hatte folgenden Wortlaut:

„Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes in die politische Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.“

Lesen wir jetzt in den Grundrechten der südbadischen Verfassung den Art. 7 Abs. 3: „Wer Behauptungen tatsächlicher Art veröffentlicht, die nicht erweislich wahr, aber geeignet sind, die Inhaber eines öffentlichen Amtes verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, ist in besonders wirksamer Weise zu bestrafen.“

Vergleichen wir beide Bestimmungen zunächst nach dem strengen Wortlaut. Dann stellen wir fest: Nach der badischen Verfassung ist jede gegen einen Amtsträger veröffentlichte nicht erweislich wahre Behauptung besonders wirksam zu bestrafen, wenn sie geeignet ist, ihn in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen; nach dem Heimtückegezet dagegen nur gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen. Während das Heimtückegezet diesen Sonderstrafrechtsschutz nur den leitenden Beamten des Staates gewährte, schützt die badische Verfassung jeden Träger eines öffentlichen Amtes herunter bis zum Gemeindeortsdienstler und bis zum letzten Kartenstellenbearbeiter.

Bis dahin der Unterschied und die auffallende textliche Erweiterung der beiden Bestimmungen. Worin bestehen nun die Gefahren und was sind die möglichen Folgen? Wiederholt schon mußten unsere deutschen Regierungsstellen, die gegen unangenehme Kritik der Presse mit gerichtlichen Sanktionen reagieren wollten, durch die amerikanischen Militärbehörden darauf hingewiesen werden, daß in einer Demokratie die Presse frei und das Recht des Staatsbürgers zur Kritik geschützt sein muß. Wenn die großen Unterdrücker fehlen, kann der Weg zur Sklaverei auch über Behörden und Ämter führen — mitten in der schönsten Formaldemokratie. Wir erleben es täglich, wie wir uns mit einer gestaltlosen, wild wuchernden Bürokratie in den Ämtern herum-schlagen müssen. Die Neigung zu autokratischen Methoden zeigt bei kleinen und großen Macht-habern schon wieder Auswüchse, denen man nur mit ernsthaften Aktionen begegnen kann.

Es soll und darf nicht mehr dazu kommen, daß die Seele des Menschen, in welcher Form auch immer, ob durch Heimtückegezet oder durch Sonderstrafrechtsschutz, in Staatsregie übernommen wird, sodas jedem wieder zwei Gesich-

ter hat, ein offizielles und verängstigtes vor den Amtsstuben und ein grollendes und verhärtetes im privaten Kreis. Wir fordern daher uneingeschränkt das Recht auf öffentliche Kritik an der gesamten Staatsführung.

Von Freiheit und Demokratie können wir aber solange nicht reden, als daneben die Verfassung selbst, wie in Art. 7 Abs. 3, in paradoxer Weise die allbürokratische Versklavung durch Sonderstrafrechtsschutz gegen die öffentliche Kritik verankert. Wird schon jede nicht erweislich wahre Behauptung über Vorgänge in den vielen, meistens nicht durch öffentliche Kontrolle durchleuchteten Amtsstuben kraft Verfassungsrecht besonders wirksam bestraft, so bedeutet das den Tod jeder Demokratie. Wir werden es erleben: Bei jeder Kritik der öffentlichen Amtsgewalt wird nach dem Zensor oder dem Kadi gefurten werden. Man wird es uns verbieten wollen, zu prüfen, wer den Willen hat zu arbeiten, und wer die sachlichen und persönlichen Fähigkeiten besitzt, den gestellten Aufgaben zum Wohle des Volkes gerecht zu werden. Ist dann ein Staatsbürger wirklich so vermesen, das autokratische Bürokratismus auszuschleichen, Verfilzung oder Korruption öffentlich zu bekämpfen, dann werden sie sich gegenseitig decken, sich herausreden, alles vertuschen, und hat der hilflose gequälte Staatsbürger trotzdem das Glück, 90 Prozent zu beweisen, dann wird er wegen der 10 Prozent, die er nicht beweisen kann, besonders wirksam bestraft.

Ist es da nicht demokratischer, gerade den umgekehrten Weg zu gehen und von der öffentlichen

Amtsgewalt zu verlangen, daß sie sich gegen die öffentliche Kritik zunächst selbst rechtfertigt und Bestrafung nur dann beanspruchen kann, wenn der öffentliche Kritiker trotz besseren Wissens oder, weil jeder konkrete Anlaß fehlt, gar böswillig gehandelt hat? Das ist ein Preis, den wir für den Gewinn der Freiheit und die demokratische Kontrolle der Amtsgewalt unbedingt zahlen müssen. Damit müssen sich alle öffentlichen Autoritäten abfinden, die Regierungen, die Ämter, die Universitäten, die Parlamente, die Parteien, die großen Männer und auch die, die sich für große Männer halten bis herunter zur kleinsten Bewirtschaftungsstelle und, nicht zu vergessen, bis in die Requisitionsämter hinein.

So fragen wir im Hinblick auf den Art. 7 der Badischen Verfassung: soll das südbadische Volk seine im Laufe der Geschichte schwer errungene Freiheit an einen von den Schöpfern der neuen Verfassung wohl unbedacht geschaffenen Kerker schon wieder einmal verlieren? Dann kann man nur sagen: es lebe die südbadische Verfassungs-demokratie, aber es sterbe die freie Kritik der Presse und die freie Meinungsäußerung des Staatsbürgers! In den Ämtern Südbadens kann Kraut und Unkraut wieder wild wuchern. Gebe dann Gott, daß Sonne und Regen sich zur rechten Zeit finden, damit das Ungeziefer nicht überhand nimmt, kein Nachtfrost eintritt und auch — kein Hagelschlag niedergeht!

Diese Verfassungsbestimmung, als Grundrecht gedeutet und eingruppiert, ist so ungeheuerlich, daß wir ihr das Axiom jeder wahrhaft und nicht bloß dem Schein nach demokratischen Verfassung

Das Landgericht Hechingen hat sieben Mitglieder einer Diebesbande zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre Spezialität war der Schafdiebstahl; in der Zeit vom Oktober 1946 bis März 1947 „organisierten“ sie 18 Schafe und 2 Lämmer. Haupt der Bande war ein gewisser Fink aus Stetten bei Hechingen, dem es bisher gelungen ist, sich dem Zugriff der Gerechtigkeit zu entziehen. Er kommandierte die Bande, er leitete die Raubexpeditionen, er schlachtete die Schafe, er setzte sich zuguterletzt rechtzeitig vom Feinde ab, kurzum: er bewies, in vielen Sätten gerecht, organisatorisches nicht minder denn taktisches Geschick. Und er hatte ein Herz, sowohl zum Privatgebrauch wie für seine Untergebenen, denn er unterhielt für die Bande auch ein weibliches Wesen, die Räuberbraut sozusagen, die nicht nur für die Gefühlsbedürfnisse des Herrn Hauptmanns, sondern auch für die Mägen der Mitglieder sorgte: in ihrem Heim fanden die jeweiligen Festgelage statt, bei denen das Diebesgut verspeist wurde.

Nun mag man zur Entschuldigung des Fink anführen, daß er gewissermaßen als ein Opfer des Krieges zu betrachten sei, daß in dieser rauhen Schule sich ihm die ethischen Maßstäbe verschoben hätten, daß er nur das fortgesetzt habe, was ihm „im Felde“ als verdienstliches Tun anerzogen worden sei. In der Tat scheint er ein an kriegerischen Tugenden reicher Mann zu sein; das hat er nicht nur durch seine auch nach dem Kriege bewährte Eignung zum Führer, Organisator, Taktiker usw. bewiesen. Auch damals, als dies noch verdienstlich war, scheint er allerlei auf diesen Gebieten geleistet zu haben; sonst hätte man ihn wohl kaum mit dem Ritterkreuz geschmückt!

Ein Ritterkreuzträger als Hauptmann einer Bande von Hammeldieben — welche Schande, welcher Absturz! Ach, man jammere nicht über solche Verirrung eines „unwürdig Gewordenen“; im Grunde ist der Fink, den heute die Polizei sucht, der gleiche Fink geblieben, dem man damals das Ritterkreuz um den Hals gehängt hat. Sein Pech ist nur, daß sich seine Umwelt geändert und daß er das offenbar nicht begriffen hat. H.A.F.

entgegenrufen: Wir sind frei, nicht um zu herrschen, sondern um zu dienen. Das gilt auch für die öffentlichen Ämter, ja für sie sogar zuerst. Mögen die Parteien, die Fraktionen, die Verfassungsreferenten und die juristischen Institutionen schleunigst die notwendige Konsequenz ziehen gegen das „Heimtückegezet“ der südbadischen Verfassung — diese ungeheuerliche Groteske, diese Parodie auf jeden sinnerfüllten Geschichts-ablauf. Flavius

Erntezeit 1947



Während die außenpolitischen Früchte noch in weiter Ferne ... übersteigt die innerbürokratische Herbsterte alle Erwartungen

Zeichnung: Wolf Strobel

3. Oktober 1947 - UNSER TAG - Nr. 77 Seite 3

Verbot der Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Beförderung und Lagerung von Kriegsmaterial.

Überprüfungen der Militärregierung haben ergeben, daß das Kontrollratsgesetz Nr. 43 (Journal Officiel Nr. 51 vom 8. Januar 1947) und die zu seiner Durchführung ergangenen Bestimmungen (Verordnung Nr. 84, Verfügung Nr. 53, Dienstweisung betr. Lizenzen vom 10. März 1947, veröffentlicht im Journal Officiel Nr. 60 vom 15. März 1947), nicht genügend bekannt sind. Diese Vorschriften enthalten eingehende Bestimmungen darüber, welches Material als Kriegsmaterial angesehen wird, dessen Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Beförderung und Lagerung verboten oder nur mit gewissen Einschränkungen und unter Kontrolle gestattet ist. Alle Eigentümer oder Besitzer derartiger Materialien haben dieses unverzüglich der Militärregierung schriftlich anzumelden. Dasselbe gilt von Personen oder Personengruppen, die Kenntnis vom Vorhandensein nicht gemeldeter Bestände haben. Zuwiderhandlungen werden durch die Gerichte der Militärregierung bestraft. Wir verweisen im übrigen auf Anschläge bei den Bürgerämtern, Landratsämtern und Polizeidirektionen, die in den nächsten Tagen dort angebracht werden und die zusammenfassend die wesentlichsten Vorschriften, die zu

beachten sind, enthalten. Im Falle von Zuwiderhandlungen können die betreffenden Personen oder Personengruppen nicht auf Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen oder darauf berufen, daß sie lediglich von dieser Bekanntmachung bzw. von den Anschlägen in deutschen Dienststellen Kenntnis genommen haben. (32-914) Freiburg i. Br., den 17. September 1947. Badisches Ministerium des Innern, gez. Dr. Schödy.

Kartoffelversorgung der Zivilbevölkerung des Landes Baden
Im Interesse der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Einkelnerkartoffeln, müssen sämtliche Transporte zugunsten der Kartoffeltransporte in der Zeit vom 1. 10. bis 15. 11. zurückstehen. Es werden daher in dieser Zeit nachstehende Dringlichkeitsstufen in der Transportraumvergebung festgelegt:

A 1	Sonstige Lebensmittel
A 2	Brennholztransport
B	Industrietransport
C	Übrige Transporte
D	Leerfahrten und Personentransporte in Richtung der großen Versorgungszentren mit Nutzfahrzeugen werden nicht mehr geduldet.

scharf überwacht und streng geahndet. Die Kreis-Straßenverkehrsleiter sind angewiesen, sämtliche Nutzfahrzeuge, sowohl die der öffentlichen Fuhrunternehmer, als auch die werkseigenen, auch an Sonn- und Feiertagen einzusetzen. Den diesbezüglichen Anordnungen der Kreis-Straßenverkehrsämter ist unbedingt Folge zu leisten. (A14-22) Landes-Straßenverkehrsamt Baden; gez. Morell.

Bekanntmachung der Stadt Freiburg
Wir weisen darauf hin, daß Studenten und andere in Berufsausbildung stehende Personen der Wohnungsnot entsprechend grundsätzlich nur noch in einer Wohngemeinschaft von mindestens zwei Personen wohnen können. (32-956) Das Bürgermeisteramt.

Tiere dürfen auf fremden Grundstücken, auch auf den Wiesen der Stadt, der Beurbarungs- und Stiftungsverwaltung nur weiden, wenn die Tierhalter von den betreffenden Grundstückeigentümern die Erlaubnis dazu haben. Weidende Tiere müssen stets gehütet werden. Die Feldpolizei ist angewiesen, alle Verstöße zur Anzeige zu bringen. (32-955) Das Bürgermeisteramt.

Stellenangebote

Stenotypistin und gute Rechnerin zum sofortigen Eintritt gesucht. Karl Toussaint, Sagewerk, Freiburg i. Br., Karlstr. 51. (A17-12)
Juwelergoldschmiede (auch für Heimarbeit) bei bester Bezahlung und guter Behandlung per sofort gesucht. Eberhard Heß, Ringfabrik, Pforzheim, Hirsauerstraße 11. (32-944)

Stellengesuche

Chauffeur sucht Stellung auf Last- oder Personenwagen. Kleine Reparaturen werden selbst ausgeführt. Zuschriften unter Nr. 20-645 an die Gesch.-Stelle U. T., Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.

Briefmarken

Briefmarkenangebot! Franz. Zone: Ausgabe 1 ganzer Satz 110.- RM. 1-30 mit 10 Pfg. 40.- RM. 1 M 30.- RM. 2 u. 5 38.- RM. — AM Post: Deutsch 20 W 60.- RM. — Saar: neu 20 W 68.- RM. — Berl. Block: 240.- RM. — Hammer und Sichel: (Oesterr.) kpl. 58.- RM. (A10-13) Dr. von Kneip (16) Geisenheim.

Briefmarken-Tauschangebot! Ich biete: Leipziger Herbst-Messe-Marken, Satzpreis 2 Mk. gegen Neuzuschreibungen vom Saargebiet, Württemberg, Baden und Rheinland-Pfalz zum Normalwert. Josef Pfeifer, (13a) Niedersachsen, Letter: Fritz Klingenberg, (20a) Hannover-Badenstedt. (A4-11)

Briefmarkensammler! Verwertet eure Doucouven und ergänt eure Sammlungen durch Beitritt zur Briefmarken-Tauschen-Rundsendegemeinschaft „Niedersachsen“, Letter: Fritz Klingenberg, (20a) Hannover-Badenstedt. (A4-11)

1. Mainzer Briefmarken-Auktion am 23., 29. u. 30. Oktober 1947 täglich ab 10 Uhr, im Brauhaus Keller zum Rad Mainz, Kästrich. Kataloge nur an ernste Interessenten. Einlieferungen für unsere Frühjahrs-Auktionen werden jetzt schon entgegengenommen. Briefmarken-Morays, GmbH., Mainz, veredelter Briefmarken-Verstärker. (A-6-9)

Kaufgesuche

Reinhold Röder, Freiburg, Sternwaldstr. 32, kauft und birgt aus Trümmern Maschinen aller Art sowie Altsen u. Metalle. Empfehlung reichhaltiges Lager in Nutzeisen aller Art. Autoverwertung. Tel. 2168. (A6-6)

Wachperlenketten in jeder Qualität sucht Schmuck-Leuchten (22a), Düsseldorf, Schadowstr. 43/45. (A6-6)

Kinderwagen bei guter Bezahlung dringend zu kaufen gesucht. Zuschr. unt. Nr. 20-650 an die Gesch.-Stelle U. T., Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Büro-Schreibmaschine

Büro-Schreibmaschine dringend zu kaufen gesucht. Fernsprechanst. Freiburg i. Br., Gartenstr. 21. (20-651)

Kauf-Verkauf

Ca. 300 Piecen Konz. u. Tanznoten, chin. Fab-Tomtom, 2 chin. Beck., Gongbeck, kl. Konzerttr., USA Mod., gl. Glockensp. m. Std., gl. Glocken Des/F/As m. Std., Flamm-Fußmaschine, versch. Effektinstr., 3 Radiorehörer SD 1 A, Opernglas gegen gt. erh. Bücher best. Autoren. Angeb. an sepp Hämmerle, Buchverleih, Freiburg i. Br., Bauhöferstr. 105. (32-942)

Rolladenschrank zu kauf. gesucht. Neuer Büroschreibtisch od. andere Teile können geboten werden. Angebote unt. B 1841 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (223)

Suche gt. erhaltenen Kinderwagen. Abzugeben einen gut erhaltenen 2-türigen Kleiderschrank. Angebote unt. 18-131 an die Gesch.-Stelle U. T., Emmendingen.

Biete Fahrradmantel m. Schlauch, neu, 22x1,75. Suche Volksempfänger (Wertaugleich). Zuschr. u. Nr. 20-655 an die Gesch.-Stelle U. T., Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.
Biete Solinger Stahlwaren (Geschenke für jedermann). Suche Koffer, Damen- und Aktentaschen, sowie Schwarzbilder, Uhren usw. Josef Schmitz, Stahlwarenhause, Solingen, Lingmannstr. 6. (32-900)

Verschiedenes

Achtung Buchbinder! Wer übernimmt Reparaturen von Leihbüchern. Auch Annahme von kl. Aufträgen werde ich in späteren Zeiten berücksichtigen. Leihbücherei Kohler, Emmendingen, Lammstraße 12. (18-130)

Existenz geboten! Wenn große Baracke gestellt werden kann, dann Teilhaber am Unternehmen. Platz für Baracke vorhanden. Angeb. unt. T 1831 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (224)

AQUARELL- u. TEMPERAMALER, erstklassig, selbständig u. tüchtig, für lohnende u. angenehme Heimarbeit bei guter Bezahlung ges. Angeb. sofort unt. B 1774 an OBANEX, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (214)

500 Mark - Preisausschreiben für Buchhalter! Bedingungen kostenlos durch Bertuch's Buchhaltungs-Original - Fernunterricht (13b) Bad Tölz, Merzstraße 11. (A18-14)

Zeitung - Verkäufer, Kioske usw. Vertrieb von Kalendern neulich zu vergeben. Ausk. unt. Q 1810 an Obanex, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (A14-218)

Adressen-Maurer (16a) Stuttgart-Mittelsr. 9/K. Preisliste P 5 m. 800 Kollektionen frei. (A12-6)

Mietgesuche

Zu mieten gesucht: Guterhaltene Singer-Schreibmaschine, gebe neuerliche Singer-Nähmaschine in Miet. Zuschr. unt. Nr. 20-649 an die Gesch.-Stelle U. T., Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Heirat

Junger Mann, 32 Jahre alt, möchte ein Mädchen im Alter von 20-30 Jahren kennen lernen, zwecks baldiger Heirat. Bild-zuschriften unt. 18-129 an die Geschäfts-Stelle U. T., Emmendingen.
Kaufmann, 45 Jahre, 1,70 gr., w. die Bekanntschaft eines netten, beschr. Mädchens od. Witwe bis zu 35 Jahren zu machen. Angebote u. Nr. 28-265 an die Gesch.-Stelle U. T., Lahr, Marktpl. 8. (A10-2)

Geschäftliches

Einrahmungen, Aenderungen
Atelier Ramona, Freiburg i. Br.
Eisenbahnstr. 38.
Wegen Ueberhäufung von Aufträgen ist die Abgabe und Annahme nur am Samstag. (20-653)

Feilen aller Art von der größten bis zur kleinsten Nadelfeile, Zahnarztfeilen, Holzraspen, Sägefeilen, Schraubenschlüssel sowie Holz- u. Metallfr. er werden neu geschärft. Lieferzeit ca. 4-6 Wochen nach Eingang. A. Regas & Co., Techn. Werkst.-Feilenschärferei, jetzt: (17b) Untertengingen Krs. Waldshut/Bad. (A18-35)

Lampenschirme beziehen mit ihrem mitgebrachten Material. M. Pastenier, Freiburg i. Br., Basler Str. 6, II. Stock. (Pa-1)

Transformatoröl d. verschärft. Beding. d. V. D. E. entsprechend, liefert gegen Bons d. Lub. Oelimport Bahn, Karlsruhe, Vorholzstr. 48. (32-945)

Liefer Schneebesen jede Menge. Ankauf - 60 RM. Versand ab 500 Stock. Zuschriften unt. Nr. 32-837 U. T., Offenburg, Postf. 361.

Handgearbeitete Trachtenknöpfe in geschmackvoller Ausführung liefert ich Ihnen in gediegener Zusammenstellung - für jeden Haushalt passend - gegen Voreinsendung von 7.50 Mark inkl. Porto und Verpackung. Ernst Börner, (24b) Burg (Insel Fehmarn), Schlieswig-Holstein. (A22-22)

Kleine Geschenke, die Freude bringen, finden Sie bei Emil Hemler, Freiburg i. Br., Scheffelstraße 19, Hofgebäude. Kleinverkauf. Dienstag, Donnerstag und Samstag. (A14-198)

Zentral-Beschaffungsbüro u. Interessenvertretung von Marmeladen- und Konserven-Industrien (Einkäufe aller Art, Bearbeitung von Anträgen bei deutschen und amerik. Stellen, Regelung von Transportangelegenheiten usw.). Waldemar Möller, Fürth/Bayern, Flughafenstraße 221; Ruf 71061. Zum Interzonenverkehr zugell. (A10-2)

Freiburger Veranstaltungen

Städt. Bühnen Freiburg Friedrichsbau-L'spiele
Casino:
5. Oktober, 15 Uhr: „Cosi fan tutte“
5. Oktober, 20 Uhr: „Die Czardasfürstin“
Kammerspiele:
4. Oktober 19.30 Uhr: „In neuer Inszen.: „Helden““
5. Oktober, 14.30 Uhr: „Der Soldat Tanaka“
5. Oktober, 19 Uhr: „Helden“.

Casino-Lichtspiele
Ab Freitag, 3. Oktober 1947: Vielfachen Wünschen entgegenkommend zeigen wir nochmals: Die lustige Geschichte einer heimlichen Hochzeit
„Neigungsehe“ (Fam. Buchholz II. Teil) mit Henny Porten, Gust. Fröhlich, Ellis. Flickenschmidt, Grete Weiser, Alb. Hehn, Erich Fiedler, usw. — Neueste Wochenschau — Jugendfrei. — Spielzeiten: Täglich 14.15 und 16.30 Uhr; Sonntag: 10 und 12 Uhr; Montag: 14.15, 16.30, 18.45 und 21.00 Uhr. (58)

Harmonie-Lichtspiele
Freitag, den 3. bis mit Donnerstag, den 9. Oktober 1947. Gusti Huber, Paul Hörbiger in:
FIAKERLIED
Wiener Geschichten untermalt mit Melodien von Schubert, Strauß u. Nico Dostal mit Erika Dammhoff, Hermann Erhardt, Josefina Dora, Franz Schafheitlin. Jugendfrei. Neueste IFA-Wochenschau. Tägl. 14.15, 16.30, 18.45 Uhr. Sonntag auch 10 Uhr vorm. Freitag, Montag, Dienstag und Mittwoch auch 21 Uhr. Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr.

Union-Theater
Freitag, den 3. bis mit Donnerstag, den 9. Oktober 1947. Ein derber Bauernschwank:
FLOHIM OHR
Ein Lustspiel nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Fr. Hedler mit Sabine Peters, Lotte Rausch, Harald Paulsen, Fritz Genschow, Emil Heß, Edith OB, Günther Lüders. Jugendfrei. Neue IFA-Wochenschau. Täglich 14.30, 17.00, 19.30 Uhr. Samstag und Sonntag: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr.

Lichtspiele Bad Krozingen
Ab Freitag, 3. bis einschl. Montag, 6. Okt. Der grandiose deutsche Spitzentitel:
„Die Zaubergeißel“
mit Gisela Uhlen, Will Quadflieg usw. Neue Wochenschau. Jugendfrei. Spielzeiten: Freitag, Samstag, Montag: 20.30; Sonntag 15 und 20 Uhr. Vorverkauf 10 bis 11 Uhr. Telef. und mündliche Bestellungen können nicht mehr angenommen werden.

Gegen Husten hilft Melalussin, der gute Kräuter-Hustensaft für Kinder und Erwachsene. Erhältlich in allen Apotheken. Hersteller: Apotheker Dr. W. Mayer, Stuttgart-Bad Cannstatt. (A18-5)

Hasltreiter's Kräuter-Kuren gegen Kropf und Rasedow in Pulver-, Tabletten- (Naturasol) od. Kräuterform zu haben nur in Apotheken. Alleinhersteller: Friedr. Hasltreiter, Hellmuthfabrikation, (13b) Planegg bei München.

Ab Freitag, 3. bis einschl. 10. zeigen wir in deutscher Sprache den franz. Spitzentitel:
Ein Schatten der Vergangenheit (Un revenant)
in deutscher Sprache! Darst.: Louis Jouvet, Gaby Morlay. Ein dramatisches Geschehen um eine Erbschaftsangelegenheit. Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch. Freitag 14.15 und 16.30; Donnerstag u. Sonntag nur 14.15 Uhr.

Union-Theater
Freitag, den 3. bis mit Donnerstag, den 9. Oktober 1947. Ein derber Bauernschwank:
FLOHIM OHR
Ein Lustspiel nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Fr. Hedler mit Sabine Peters, Lotte Rausch, Harald Paulsen, Fritz Genschow, Emil Heß, Edith OB, Günther Lüders. Jugendfrei. Neue IFA-Wochenschau. Täglich 14.30, 17.00, 19.30 Uhr. Samstag und Sonntag: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr.

Lichtspiele Bad Krozingen
Ab Freitag, 3. bis einschl. Montag, 6. Okt. Der grandiose deutsche Spitzentitel:
„Die Zaubergeißel“
mit Gisela Uhlen, Will Quadflieg usw. Neue Wochenschau. Jugendfrei. Spielzeiten: Freitag, Samstag, Montag: 20.30; Sonntag 15 und 20 Uhr. Vorverkauf 10 bis 11 Uhr. Telef. und mündliche Bestellungen können nicht mehr angenommen werden.

Gegen Husten hilft Melalussin, der gute Kräuter-Hustensaft für Kinder und Erwachsene. Erhältlich in allen Apotheken. Hersteller: Apotheker Dr. W. Mayer, Stuttgart-Bad Cannstatt. (A18-5)

Hasltreiter's Kräuter-Kuren gegen Kropf und Rasedow in Pulver-, Tabletten- (Naturasol) od. Kräuterform zu haben nur in Apotheken. Alleinhersteller: Friedr. Hasltreiter, Hellmuthfabrikation, (13b) Planegg bei München.

Werde Mitglied in der Konsumgenossenschaft Freiburg im Kreisgau
45 Verkaufsstellen in Freiburg und Umgebung.

„In zwei Tagen“

In den angelsächsischen Ländern hat man in allen, den niederen wie den höchsten Regierungsstellen seit jeher den größten Wert darauf gelegt, zu wissen, was „der Mann auf der Straße“ zu diesem und jenem Ereignis, zu dieser und jener Maßnahme äußert. Im Dritten Reich hat man das allerdings auch getan; aber nicht, um daraus zu lernen, sondern um „einzuschreiben“. Welche Methode die bessere ist, das dürfte sich ja mittlerweile auch bei uns herumgesprochen haben. Aber es wäre ganz gut, wenn man aus solcher Erkenntnis — die übrigens auch Lenin immer wieder eindringlich anempfohlen hat — die Folgerungen ziehen und recht aufmerksam hinhorchen würde, was „der Mann (und die Frau) auf der Straße“ redet. Es braucht nicht immer die Straße zu sein; Lebensmittelgeschäfte, Eisenbahnabteile, Postamtshallen, Friseurstuben tun es auch.

Wer Ohren hat, zu hören, und von ihnen in diesen Tagen Gebrauch machte, der konnte allerlei vernehmen in unserem badischen Lande. Es scheint, als sei nicht wenigen Leuten

Mitteilungen der KP Freiburg

Generalversammlung

Heute, Freitag, 3. Oktober, findet im Heimatsaal der Harmonie die Generalversammlung der KP Freiburg statt. Wichtige Tagesordnung. (Siehe persönliche Einladung.) Kein Genosse sollte fehlen!

Alle Genossen, die für Spruchkammern oder Untersuchungsausschüsse benannt wurden, treffen sich am Montag, 6. Oktober, 20 Uhr, Vaubanstraße 12.

beiderlei Geschlechts in den letzten Tagen einiges aufgedämmert. Man hatte ja so gern ein wenig kokettiert — beileibe nicht mehr! — mit verschwommenen Andeutungen, wie sie da und dort von denen, die das Gras wachsen hören, zwischen den Zeilen gewisser Zeitungsartikel und Meldungen möglicherweise herausgelesen werden konnten, Andeutungen, aus denen man entnehmen zu können vermutete (man glaubt ja so gern, was man wünscht), als ob eines, nicht zu fernem Tages... na ja, und dann brauchen sie uns, Siegelheil! Gewiß, es wurden keine kriegerischen Fansaren geblasen; aber immerhin, es gab doch gewisse Zeigefinger, die schulmeisterlich tadelnd gen Osten gereicht wurden. Und nun muß man plötzlich da etwas lesen von „in zwei Tagen“, in denen die Russen auch unser badisches Ländle „überannt“ haben würden.

Man muß schon sagen, die Wirkung auf den Mann (und die Frau) auf der Straße war die einer kalten Dusche. Und dann dämmerte es: warum denn auf einmal soooo? Warum diese besorgten Schmalmeienklänge, wo man doch gerade begonnen hatte, sich mit der Möglichkeit ferner Drommetentöne vertraut zu machen? Kalte Duschen sind manchmal ganz heilsam, auch dann, wenn sie von nichts anderem herühren als von den künstlichen Wolken, mit denen sich Ertappte zur Verschleierung ihres Rückzuges einnebeln. Duschen wirken abkühlend auf traumselige Gemüter und fördern die Erkenntnis. Daß diese heilsame Erkenntnis eingetreten ist — und das in dem Sinne, wie UNSER TAG ihm im Leitartikel seiner vorigen Nummer gewiesen hat — das lassen die ebenso zahlreichen wie deutlichen Meinungsäußerungen des Mannes (und der Frau) auf den Straßen unserer badischen Städte und Städtchen mit erfreulicher Deutlichkeit klar werden. H.A.F.

Städtische Bühnen (Kammerspiele)

Georg Kaiser: Der Soldat Tanaka

Dem Theater ist heute als Verpflichtung auferlegt, seinem Publikum die Bekanntheit mit jenen Geistern zu vermitteln, die durch unendlich lange Jahre als Erponenten des anderen, besseren Deutschland verbannt waren. Daß es vielfach dieser Verpflichtung nur zögernd nachkommt, läßt erkennen, wie sehr es sich noch von einem Publikum abhängig weiß, das als das alte, einfache auf den Plätzen verblieben ist. Da das Theater als Einheit Publikum wie Szene umfaßt, wird es als Institution mit größten kulturpolitischen Aufgaben seinem ihm zugeordneten Auftrag nur erfüllen, wenn es von der Szene aus das Publikum in seinem wandlungsfähigen Teil erzieht und in seinem unwilligen, d.-i. kulturfeindlichen Teil von den Plätzen treibt (die es schon viel zu lange besetzt hält).

Wenn man eine Aufführung wie die des Kaiserischen Schauspiels „Der Soldat Tanaka“ als ein besonderes Ereignis auf unserer Bühne vermerken muß, so sagt man damit, daß auch hier noch fast gar nichts von dem getan wurde, was als Erfordernis zu tun wäre.

Es ist gewiß, daß diese Aufführung auf alle von nachhaltigem Eindruck war, ob sich dies nun in Zustimmung (bei den Fortschrittswilligen) oder in Ablehnung (bei den retardierenden Elementen) äußerte. Es ist dies so, weil damit Zeittheater gespielt wurde. Die hier der Kritik ausgesetzte Gesellschaftsordnung kennen wir, sie war und ist die unsere.

Vielmehr wurde dieses (letzte) Werk Georg Kaisers einfach als ein Stück gegen Militarismus und Despotie hingestellt. Das ist es aber nur nebenbei auch. Es wäre gefährlich, die Betonung darauf zu legen, denn wen wollte man überzeugen, daß der Militarismus schändlich ist, nur weil es zu pekuniären Lasten des kleinen Mannes geht. Hätte der Dichter ein antimilitaristisches

Gemeindearbeiter üben Kritik

Freiburg. In der Harmonie fand eine Versammlung der Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe statt.

Kollege Bank eröffnete die überaus gut besuchte Versammlung. Nach einleitenden Worten sprach Bürgermeister Geiler zur gegenwärtigen Lage.

Einleitend wies der Redner auf die Ursache der heutigen schweren Lage hin. Es bedürfe heute einer gewaltigen Kraftanstrengung des gesamten Volkes, die gegenwärtige Krise zu überstehen. Besondere Aufgabe der Gewerkschaften sei es, an dem Aufbauwerk des demokratischen Deutschlands mitzuwirken. Es muß ein für alle mal verhindert werden, daß die kapitalistischen Blutsauger mit ihren Hintermännern den friedlichen Aufbau der Demokratie stören oder gar aufhalten können. Nur durch die Mitarbeit aller Schaffenden, besonders auch der Jugend, wird es gelingen, das große Aufbauwerk vorwärts zu treiben. Der Redner ging sodann auf die Ernährungslage ein, wobei er erklärte, daß es notwendig erschien, die Versorgung mit Winterkartoffeln von zentraler Stelle aus vorzunehmen, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten. Durch die Naturkatastrophe sei es notwendig, mehr Nahrungsmittel einzuführen. Durch Mehrproduktion soll der Export gesteigert werden, um dadurch die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu sichern. Es bestehe gegenwärtig keine Hoffnung auf eine wesentliche Besserung der Lage.

Wie groß die Not und das Elend hauptsächlich beim schaffenden Volke ist, bewies die

Gärtner begehren auf

Gegen Bürokratismus und Leerlauf

Radolfzell. Im „Löwen“ zu Hemmenhofen fand eine Versammlung von Gärtnerinnen und Gärtnern der Hörli statt, zu der auch Vertreter des Landwirtschaftsamtes und des Samenfachs erschienen waren. Der Obmann der Hörligärtner, Max Haberbusch-Oehningen, wies auf die Leistungen hin, welche die Hörigärtner vom Januar bis mit Juli dieses Jahres aufweisen können und nannte die respektable Zahl von 43 695 kg für die Bevölkerung abgelieferten Gemüses. Demgegenüber hätten die amtlichen Stellen ihre wiederholten Versprechungen, die Gärtnereien durch Zuteilung von Werkzeugen und Materialien in ihrer „friedenswichtigen“ Arbeit zu unterstützen, nicht erfüllt, ja es scheine nachgerade so, als ob man „höheren Orts“ an eine Hilfe für die Gärtner nicht ernstlich denke. Vor allem fehle es an Glas und Holz für Reparaturen an Torfmüll zur Aufzucht der Jungpflanzen, an Schläuchen und Sprengern, an Düngemitteln und Saatgut. Haberbusch beauftragte auf das Recht zur freien Meinungsäußerung und machte kräftig davon Gebrauch, indem er den Bürokratismus und Leerlauf der Ämter scharf kritisierte. Es gäbe Glas und es gäbe auch Holz und noch manches andere in der Zone, aber den Ämtern ginge es anscheinend nur um die Erfüllung der Auflagen, das „Wie“ interessiere sie wenig. Wenn nicht bald etwas zur Behebung der Mangellage geschähe, sei es zu spät.

Reg.-Oekonomierat Stadler vom Landwirtschaftsamst Radolfzell hatte die wenig angenehme Aufgabe, die begründeten Vorwürfe und Klagen der Hörigärtner zu beantworten. Er zeigte sich ihr jedoch in der amtlichen Weise gewachsen. Indem er seine Dienststelle für nicht zuständig erklärte, der vorgesetzten Behörde in Freiburg die Schuld gab und diese seinerseits tadelte. Es entstände die irrgleiche Ansicht, daß untergeordnete Stellen wie eben das Landwirtschaftsamst Radolfzell versagen würden, während die Verantwortung für die Mißstände weiter oben zu suchen sei. Diplomlandwirt Seifritz von der Samengroßhandlung Krause-Konstanz sprach alsdann über die Saatgutversorgung und riet zur Eigenzucht; jedoch solle man sich auf wenige erprobte Sorten spezialisieren, um sich so all-

sehr starke Teilnahme der Gewerkschaftskollegen an der Aussprache; die katastrophale Ernährungslage war Gegenstand schärfster Kritik. Die ungerechte und ungenügende Versorgung der schaffenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Bekleidung und Brennmaterial gaben Anlaß zu heftigen Anklagen gegen Ämter und Behörden. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung habe einen Grad erreicht, der zu ernster Besorgnis Anlaß gibt. Einsatz der Gewerkschaften in maßgebende Stellen sei notwendig, um der herrschenden Not und der völligen Verelendung Herr zu werden. Den Regierungsstellen und Verwaltungen wurde Verschleppungspolitik in der Ausarbeitung von Betriebsvereinbarungen und Lohnstarfen vorgeworfen.

Wichtige Betriebsrätekonferenz

Freiburg. Der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften teilt mit: Am Samstag, 4. Oktober, 8 Uhr, findet im Heimatsaal der Harmonie-Gaststätten eine Betriebsräte-Konferenz statt. Tagesordnung: 1. Praktische Fragen des Betriebsrätegesetzes unter besonderer Berücksichtigung der Betriebsvereinbarungen, Referent: Dr. Hessel und Koll. Kappes; 2. Ernährungsfragen, Referent: Koll. Faulhaber; 3. Verschiedenes. An der Konferenz nehmen alle Betriebsratsvorsitzenden und deren Stellvertreter teil. Vollzähliges Erscheinen ist für diese wichtige Konferenz notwendig.

mählich von der unsicheren Einfuhr unabhängig zu machen.

Nach lebhafter Diskussion wurde die Versammlung mit einem erneuten Mahnruf an die höheren und höchsten Stellen geschlossen.

Hochschwarzwälder erhalten einen Zentner Kartoffeln

Neustadt. Die Landräte der vier Hochschwarzwaldkreise hätten sich mit den Leitern der Ernährungsämter und der Erfassungsabteilungen in Donaueschingen versammelt, um in der Frage der Kartoffelzuteilung gemeinsam bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. Es wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß es nicht angehe, die Kartoffeln im Hochschwarzwald in kleinen Raten zu verteilen, da man dann unweigerlich mit einem Teil der Zuteilung schon in die Frostperiode geraten würde. Deshalb verlangten die Vertreter der Landkreise Donaueschingen, Neustadt, Villingen und Wolfach eine Sonderregelung, die ihren besonderen Bedingungen entspricht, und zwar eine erste Zuteilung von 75 Kilogramm pro Person. Es wurde weiter verlangt, daß zu den Besprechungen mit der Militärregierung der Landrat von Neustadt als Vertreter der vier Kreise zugezogen werde. Obwohl das nicht geschehen ist, hatte die Besprechung den Erfolg, daß in den frostgefährdeten Gebieten des Hochschwarzwaldes eine erste Rate von 50 kg pro Person aller Lebensalter, ausgenommen Säuglinge und K 1, deren Gesamtmenge nur 25 kg beträgt, ausgeben werden darf. Der ursprüngliche Antrag, der die Zuteilung von 75 kg als erste Rate erstrebte, konnte nicht durchgesetzt werden, da noch nicht übersehen werden kann, welche Höhe die Kartoffelzuteilung, die sich nach dem Gesamtertrag richten muß, erreichen wird.

Emmendingen. Bei der Feier des hundertjährigen Bestehens der Staatlichen Landwirtschaftsschule Hochburg wurde bekanntgegeben, daß die Anstalt als Höhere Landbau-Schule ausgebaut werden soll.

Not Tötenden ein in Gerechtigkeit Entflammender wird, das ist unübertrefflich gestaltet.

Friedrich von Bülow's Soldat Tanaka war überzeugende Probe einer Begabung, die (im Spiel leider fühlbar) von einem regen, sich noch um die letzten menschlichen Dinge mühenden Intellekt gefördert wird. Hier gelang es die Rolle in Steigerung durchzuspielen vom zaghaften (allzu zaghaften) Beginn, bis zu der erschütternden Schlussszene. Bülow erfüllte die von einem Dichter gestellte Aufgabe.

Hannelore Liedke hatte als Yochiko Gelegenheit, sich dem Freiburger Publikum vorzuspielen. Es gelang der jungen Schauspielerin, ihrer Rolle das Gewicht zu geben, das ihr — als in das Zentrum der Vorgänge gestellt — zukommt.

Bemerkenswert Georg Oschmanns Pförtner, der in einem allzusehr dem Märchenbuch für Erwachsene entnommenen Milieu ein Mensch mit verwachsenen, aber durchaus realen Zügen blieb. Kurt Heinz Welke als erster Offizier machte mit dem Träger der Titelrolle den Schlußakt durch sauberes, diszipliniertes Spiel dem Zuschauer zum Ereignis.

Bühnenbilder und Kostüme versetzten das Publikum nach Willen des Autors in den so fernem Osten. Es bleibt nur zu wünschen, daß dieses Stück noch lange im Spielplan verbleibt, und daß vor allem den Werktätigen Gelegenheit geboten wird, die Aufführungen zu besuchen. Die für die geistigen Belange der Arbeiterschaft Verantwortlichen seien nachdrücklich darauf verwiesen.

Dr. Walter Kunze

Freiburg. In den Kammerspielen gelangt am Samstag, 4. Oktober, Shaw's Komödie „Helden“ in einer neuen Inszenierung von Willy Grub zum ersten Male zur Aufführung. Die Hauptrollen spielen Christine Mylius, Ruth Baldor, Henni Schneider-Wenzel, Heinz Menzel a. G., Ewald Allner, Karl Mehner und Karl Ludwig Lindt. Bühnenbild: Renate Rieß.

Macht der Gewohnheit



„Da kommt mein Mann nach Hause! — Er scheint mit seinen Gedanken noch ganz bei der Eisenbahn zu sein...“

Was gilt es zu essen?

Freiburg. Für die 1. Zuteilungsperiode für Oktober werden vorerst folgende Lebensmittelzuteilungen aufgerufen: Brot: Kinder von 0—3 Jahren auf Abschnitt 1 500 g, auf Abschnitt 2 250 g; Kinder von 3—6 Jahren auf Abschnitt 1 250 g, auf Abschnitt 2 1000 g; Verbraucher von 6 Jahren an auf Abschnitt 1 500 g, auf Abschnitt 2 1000 g, auf Kleinabschnitte 500 g; Schwerarbeiter: Gruppe I auf Abschnitt 151 750 g, Gruppe II auf Abschnitt 251 1000 g und 252 250 g, Gruppe III auf Abschnitt 351 1000 g und 352 750 g, Gruppe IV auf Abschnitt 451, 452 je 1000 g; Mütterkarten (Ration für den Monat) auf Abschnitt 903 775 g. Fleisch: Kinder von 0—3 Jahren auf Abschnitt 12 50 g; Kinder von 3—6 und Jugendliche 6—10 Jahren auf Abschnitte 12, 13 je 50 g; Jugendliche von 10—18 Jahren auf Abschnitte 12, 13, 14, 15, 16 je 50 g; Erwachsene auf Abschnitte 12, 13, 14, 15 je 50 g; Schwerarbeiter: Gruppe I auf Abschnitt 155 50 g, Gruppe II auf Abschnitte 255, 256 je 100 g, Gruppe III auf Abschnitt 355 50 g und 356, 357 je 100 g, Gruppe IV auf Abschnitte 455—457 je 200 g und 458 250 g; Mütterkarten: auf Abschnitt 905 50 g. Eier: Soweit auf Abschnitt 21 der schraffierten, vom Ernährungsamt Freiburg-Stadt ausgegebenen Eierkarte noch keine Eier verabfolgt worden sind, wird auf diesen Abschnitten zunächst ein Ei ausgegeben. Die Kleinhändler erhalten 75 Prozent der erforderlichen Menge. Bei größeren Familien sollen daher nicht alle Abschnitte beliefert werden. Diese Eier

Freiburger Veranstaltungen

Städtische Bühnen:
Casino: Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr: Madame Butterfly; Sonntag, 5. Oktober, 15 Uhr: Cost fan tutte; 20 Uhr: Die Czardastürstin; Dienstag, 7. Oktober, 19.30 Uhr: Die Zauberflöte (geschl. Vort.); Mittwoch, 8. Oktober, 20 Uhr: Das Land des Lächelns; Donnerstag, 9. Oktober, 20 Uhr: Ein Maskenball.
Kammerspiele: Samstag, 4. Oktober, 19.30 Uhr: Helden; Sonntag, 5. Oktober, 14.30 Uhr: Der Soldat Tanaka; 19 Uhr: Helden; Mittwoch, 8. Oktober, 19.30 Uhr: Helden.

Maria-Hilf-Saal:
Samstag, 4. Oktober, 19.30 Uhr: Liederabend Prof. Fritz Harlan; Sonntag, 5. Montag, 6. und Dienstag, 7. Oktober, 20 Uhr: Freiburger Bachstunden der Hochschule für Musik. Am 5. Oktober: Kammermusik (Mitwirkende: Prof. Ulrich Greulich (Violine), Prof. Fritz Neumeyer (Cembalo), am 6. und 7. Oktober: Kantatenabend: „Ein musikalisches Familienfest bei Joh. Seb. Bach“.

Filmtheater:
Casino: Neujungsehe (Familie Buchholz, II. Teil); Friedrichsbau: Ein Schatten der Vergangenheit; Harmonie: Fiskerlied; Union: Fioh im Ohr.

Haus Stadelmann:
Ab Sonntag, 5. Oktober: Ausstellung Edles Kunsthandwerk.

müssen sofort verbraucht werden. Der Kleinhändler hat auf der Rückseite der Eierkarte zu vermerken, daß noch zwei weitere Eier zu beliefern sind. Essig: Für alle Normalverbraucher von 3 Jahren an auf Abschnitt 46 ¼ Liter, Teilselbstversorger von 3 Jahren an auf Abschnitte 146, 246, 346, 446, 546, 646 je ¼ Liter, Vollselbstversorger von 3 Jahren an auf Abschnitt 704 ¼ Liter Essig.

Verbrecherische Lausbubenstreiche

Freiburg. Im Bezirk Herdern sind nächtlicher Weise aus Telefonkästen Sicherungen entwendet worden. Dadurch wurden fünfzehn deutsche und zwei französische Telefonleitungen unterbrochen. Auf Anordnung der Militärregierung müssen daher vom 28. September an, vier Wochen lang, von abends 18 bis morgens 8 Uhr, aus der Gesamtheit der Bevölkerung am Tatort Wachen von zwei Personen gestellt werden, die alle zwei Stunden abgelöst werden. Bei Wiederholung von Sabotageakten ist mit einer nächtlichen Ausgangssperre zu rechnen.

Sprechstunden der Redaktion

Wir geben bekannt, daß unsere Lokalredaktion Freiburg, Schwabentorstr. 1, jeden Samstag von 15 bis 17 Uhr für jedermann Sprechstunden abhält, um dadurch einen möglichst engen Kontakt mit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Aus dem Parteilieben

Neustadt. Die Landkreisleitung der KP teilt mit: Am Sonntag, 5. Oktober, 9 Uhr, findet im Gasthaus zur Blume eine Parteiarbeiterkonferenz statt, zu der Gen. Eckert (Freiburg) erscheinen wird. Alle Ortsabteilungen und Stützpunkte müssen vertreten sein.

Verantwortlich für den Heimattell:
Hanns Adam Fescher, Offenburg.